

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter

**Politische Partizipation Jugendlicher –
ein Projekt-Vorschlag**
(Buxtehude, Juli 2009)

Was ist der Grundgedanke des Projekt-Vorschlags?

Wir wissen, dass die meisten Jugendlichen, die zum Rechtsextremismus gefunden haben, u.a. darunter leiden, dass sie sich nicht beachtet fühlen, dass sie denken, sie seien nichts wert und hätten keinerlei Einflussmöglichkeit auf ihre Umgebung, insbesondere nicht auf die politische Ebene. Bei gewalttätigen Jugendlichen kommt noch dazu, dass sie in ihrer Kindheit und frühen Jugend ohne Zuspruch und liebevolle Wertschätzung seitens des Vaters, aber oft zusätzlich auch seitens der Mutter leben mussten. Insoweit ist die Steigerung des Selbstwertgefühls eine wichtige Voraussetzung dafür, diese Jugendlichen aus dem rechten Umfeld herauszulösen. Aber nicht nur für dem Rechtsextremismus zuneigende Jugendliche gilt diese empirische Erfahrung, sie lässt sich vielmehr auf jene Jugendlichen generell zusprechen, für die gilt, dass sie sich immer stärker der Politik entfremden und Schwierigkeiten haben, mit Verantwortungsrollen in der Gesellschaft zurecht zu kommen. Die Anzahl dieser Jugendlichen scheint immer mehr anzuwachsen.

Mit der Steigerung des Selbstwertgefühls, dem viele Schritte im Projekt „Prävention als Chance“ (PaC), das in Buxtehude umgesetzt wird, dienen, ist eine wichtige Grundlage bei Jugendlichen gelegt. Dieses Selbstwertgefühl könnte eine weitere Steigerung dadurch erfahren, dass Jugendlichen positive Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht werden. Als sehr sinnvolle Instrumente hierfür haben sich Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene für Jugendliche erwiesen, die zudem diese Jugendliche konstruktiv an die politische Ebene heranführen. Meine eigene Erfahrung aus mehreren Projekten über viele Jahre hinweg ist, dass Menschen, die effizient und effektiv an politischen Entscheidungen mitwirken konnten, quasi ‚rettungslos verloren‘ sind für alle Arten von Extremismus und dumpfen Gedanken von Politikverdrossenheit. Denn sie haben erfahren, dass politische Mitwirkung unter Gleichen Kompromisse notwendig macht und dass polarisierende Verhaltensweisen und Begriffe nur hinderlich und schädlich sind, wenn tragfähige und nachhaltige Entscheidungsergebnisse resultieren sollen. Diese Erfahrung gilt, wie Projekte in Hamburg zeigen, in gleicher Weise für Jugendliche.

Wie sieht der Projekt-Vorschlag aus?

Der Projekt-Vorschlag sieht vor, auf kommunaler Ebene Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, an allen kommunalen Entscheidungen, die Jugendliche betreffen bzw. betreffen können, mitzuwirken.

Diese genannte Mitwirkung besteht darin, dass die Jugendlichen quasi als Experten (nämlich ihrer Lebenswelt) ihr Votum zu solchen Entscheidungen abgeben können bzw. müssen. Bei allen derartigen Entscheidungen wäre dann von den kommunalen Entscheidungsträgern darauf zu achten, dass die Jugendlichen ihr Votum abgegeben haben – ähnlich wie neuerdings Gleichstellungs- bzw. Frauenbeauftragte ihr Votum zu einschlägigen Entscheidungen abgeben können bzw. müssen.

Wie könnte sich die Beteiligung Jugendlicher darstellen?

Es sind unterschiedliche Verfahren denkbar, je nachdem

- a) wie lange die Mitwirkung an einem Entscheidungsprozess dauern soll,
- b) wie die Reichweite des Votums der Jugendlichen sein soll,
- c) wie die für die Partizipation vorgesehenen Jugendlichen ausgewählt werden sollen.

Zu a) Dauer der Mitwirkung:

Jugendliche werden von Anfang bis Ende eines Entscheidungsprozesses einbezogen. Oder Jugendliche werden nur zu bestimmten Zeitpunkten einbezogen, z.B. zu Beginn zur Formulierung von Wegemarken oder erst zur Bewertung einer andernorts getroffenen Entscheidung.

Zu b) Reichweite des Votums:

Die Gewichtung des abschließenden Votums der Jugendlichen kann von „nur informativ“ bis „endgültig ausschlaggebend“ bzw. „verbindlich“ reichen.

Zu c) Auswahl der Jugendlichen:

Prinzipiell soll kein Jugendrat auf längere Dauer eingerichtet werden, etwa Jugendparlament, sondern jeweils ein ad-hoc-Gremium (mit ‚überschaubarer‘ Teilnehmerzahl, z.B. 15-25). Nur wo bereits gut arbeitende Jugendparlamente o.ä. bestehen, soll an diese angeknüpft werden. Wir wissen, dass viele Jugendliche keine allzu lange Einbindung in Verpflichtungen wünschen, sehr wohl aber (zeitlich und sachlich) punktuell sich engagieren möchten. Insofern stellt sich das Problem der Auswahl:

- Zufallsauswahl der Jugendlichen, die an einer Entscheidung mitwirken dürfen
- Alters- oder geschlechtsspezifische Auswahl der Jugendlichen
- Offene Einladung an alle Jugendlichen vor Ort (Selbstselektion)

Vorschlag: Straffällig gewordene Jugendliche könnten verpflichtet werden, an solchen Entscheidungsprozessen teilzunehmen.

Wer könnte solche Verfahren organisieren?

Für schwierige Verfahren wäre es unverzichtbar, erfahrene Moderatoren/Mediatoren zu verpflichten. In den meisten Fällen könnte es aber genügen, vor Ort ausgebildete Moderatoren/Mediatoren einzusetzen. Diese könnten aus der Belegschaft der kommunalen Verwaltung, der Lehrerschaft des Ortes o.ä. Personengruppen, und ganz sicherlich aus interessierten Schülerinnen und Schülern (etwa des Sekundarbereichs) kommen. Die Ausbildung und der spätere Einsatz könnte als Form der Weiterbildung angerechnet werden. Für diese Aus- bzw. Weiterbildung stehen wir gerne zur Verfügung.

Wie sollten solche Beteiligungsverfahren prinzipiell ablaufen?

In jedem Fall wäre es unumgänglich, dass das jugendliche Mitwirkungs-gremium mit den nötigen Informationen, z.B. durch die kommunale Verwaltung, versorgt wird. Prinzipiell wäre Öffentlichkeit vorzusehen; des Weiteren wäre bei der örtlichen Presse darauf hinzuwirken, dass sie breit über die jeweiligen Jugend-Beteiligungsverfahren informiert.

Der Ablauf solcher Beteiligungsverfahren sollte nach den Regeln professioneller Moderation bzw. Mediation erfolgen, jedoch so ‚schlank‘ wie möglich sein, um keine Ermüdung bei den Teilnehmern aufkommen zu lassen.

Wie könnten/sollten diese Verfahren finanziert werden?

Partizipation von Jugendlichen ist ein probates Mittel, präventiv tätig zu sein. Insofern müsste es den Kommunen, der heimischen Wirtschaft, aber auch Organisationen wie Rotary u.a., wichtig sein, derartige Initiativen auch finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus: Wie wir aus vielen Beteiligungsprozessen wissen, reduzieren sich die Kosten eines Vorhabens oft erheblich, wenn vorher eine effiziente und effektive Beteiligung der interessierten Bevölkerungsteile stattgefunden hat.

Sind die Partizipationsverfahren nur auf der kommunalen Ebene sinnvoll?

Jugendlichen-Partizipation muss keineswegs auf kommunale Probleme beschränkt bleiben, auch regionale Problemstellungen, z.B. auf Bezirksebene, können für Jugendliche bedeutsam sein. Insofern ließe sich der Vorschlag auch auf größere Gebietskörperschaften ausdehnen.